

SPÖ-BUNDESPARTEIVORSTAND

Leitantrag

Bildung 2012

AUF DEM WEG ZUR NEUEN SCHULE

Für ein chancengerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem

Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen, damit der Gesellschaft insgesamt und ihres wirtschaftlichen Wohlstands.

Die Fähigkeiten unserer Jugend sind eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft unseres Landes. Diese bestmöglich durch Bildung zu entwickeln, ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit.

Zahlreiche nationale und internationale Studien kommen zu dem Ergebnis, dass unser Bildungssystem qualitativ diesen Anforderungen und Zielen nur unzureichend gerecht wird. Die Bildungschancen und der Bildungsverlauf der Kinder werden nach wie vor vom Einkommen und der sozialen Situation der Eltern maßgeblich bestimmt. Durch die frühe Trennung von Kindern auf ihrem Bildungsweg gehen viele Talente und Begabungen verloren.

Für uns SozialdemokratInnen als Bildungsbewegung gilt es, das Bildungsniveau insgesamt deutlich anzuheben und die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu steigern. Ein faires, effektives und weltoffenes Bildungssystem muss auch die größtmögliche Chancengleichheit für alle eröffnen.

Verbesserung der Frühpädagogik als entscheidende Weichenstellung

Nach den neuesten Erkenntnissen der Hirnforschung geben Kinder bereits ab dem 1. Lebensjahr Hinweise auf besondere Interessen, Begabungen, Talente und Potentiale, die unterstützt und gefördert werden müssen: „Ein Kind lernt nie wieder so leicht, wie in seinen ersten Lebensjahren“.

Für uns SozialdemokratInnen muss daher der Frühpädagogik ein besonderer Stellenwert in der Bildungspolitik eingeräumt und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daher fordern wir ein flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen - Krabbelstuben, Kinderkrippen, Kindergärten. Diese sind die ersten wichtigen Bildungseinrichtungen. Daher spielt die Aus- und Fortbildung der KindergartenpädagogInnen, die Qualitätssicherung und die Vermittlung von Sprach- und Sozialkompetenz eine zentrale Rolle.

Besonders Alleinerziehende und Familien, in denen Eltern berufstätig sind, brauchen so früh wie möglich pädagogisch betreute Einrichtungen.

Grundkompetenzen stärken, Kinder individuell fördern

Die Förderung von Interessen, Begabungen und Talenten, die gesicherte Kenntnis der Kulturtechniken – Lesen, Schreiben und Rechnen -, der Grundkompetenzen müssen im Mittelpunkt des gesamten Bildungssystems stehen. Neue Lehr- und Lernmethoden müssen Einzug ins Klassenzimmer halten. Freies, selbstständiges und kreatives Lernen soll künftig mit LehrerInnenvorträgen, Projektunterricht, Gruppenarbeit und Praktika abwechseln. Soziale Fertigkeiten, wie das miteinander Leben und Arbeiten, Empathie, solidarisches Verhalten, Toleranz, Verantwortung und Disziplin sind ebenso wichtige pädagogische Ziele, wie die Vermittlung von Wissen und die Lösung von Problemstellungen. Wir müssen die Kreativität und Begeisterungsfähigkeit unserer Kinder erhalten.

Der Sprachförderung kommt besondere Bedeutung zu. Die Anzahl von RisikoschülerInnen muss reduziert und dem Erlernen der Kulturtechniken muss Vorrang gegeben werden. Die Schule soll individuell und differenziert nach Eignung, Neigung und Leistung fördern. Kein Kind darf „zurückgelassen“ werden. Ziel muss es sein, dass alle SchülerInnen am Ende der Schulpflicht die Grundkompetenzen in den Bereichen Englisch, Deutsch und Mathematik gefestigt beherrschen, ein definiertes Maß an Allgemeinbildung aufweisen, in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt sind und die persönlichen Potentiale entwickelt haben, um für ihr weiteres Bildungs- und Berufsleben vorbereitet zu sein.

Gemeinsame, ganztägige Schule der 10- bis 14-Jährigen

Damit Bildung gelingen kann, fordern wir SozialdemokratInnen die flächendeckende „gemeinsame, ganztägige Schule der 10- bis 14-Jährigen“.

Das Eingehen auf individuelle Lernbedürfnisse bzw. das Lernen aus Unterschieden stellt eine Bereicherung für alle SchülerInnen dar. SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen müssen dabei verstärkt berücksichtigt werden. Die gemeinsame, ganztägige Schule in verschränkter Form - abwechselnd Unterricht, Förderung, musische Bildung, Bewegung und Sport - ist die einzig richtige Antwort auf die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt und die Veränderungen in der Gesellschaft.

Neue PädagogInnenausbildung im Mittelpunkt des Reformprozesses

Um die neuen Herausforderungen im Bildungssystem bewältigen zu können, muss die umfassende Reform der LehrerInnenaus- und -fortbildung dringend fortgesetzt werden. Die „neuen“ LehrerInnen sind ein entscheidender Faktor im Bildungsreformprozess.

Wir brauchen PädagogInnen nach entsprechender Auswahl und mit ausgezeichneter Bildung und Ausbildung, sowohl in fachlicher als auch in pädagogischer und persönlicher Hinsicht und ebensolcher Fort- und Weiterbildung auf tertiärem Niveau.

Neues Dienst- und Besoldungsrecht

Damit sich LehrerInnen ganz auf ihre vielfältigen Aufgaben konzentrieren können, müssen sie einen modernen Arbeitsplatz haben, von Verwaltungstätigkeiten befreit werden und Unterstützung von ExpertInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich bekommen. Außerdem ist die Unterstützung durch zusätzliche Deutsch- und MuttersprachenlehrerInnen für Kinder mit Migrationshintergrund weiterhin erforderlich. Ein entsprechendes modernes und leistungsbezogenes Dienst- und Besoldungsrecht ist Grundlage dafür.

Schulpartnerschaft und SchülerInnenvertretung stärken

In der bildungspolitischen Diskussion kommen die unmittelbar Betroffenen zu wenig vor. Eine gute Kooperation von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen ist aber die notwendige Basis für eine Kultur des Gelingens an den einzelnen Schulen. Die Schulpartnerschaft muss daher gestärkt werden. Die SchülerInnen sollen das Recht bekommen, ihre Vertretung auf allen Ebenen direkt zu wählen und auch zu kennen.

Effektive Schulverwaltung, Verantwortung am Schulstandort

Eine wichtige Rahmenbedingung für eine umfassende Bildungsreform ist eine effektive Schulverwaltung.

Daher fordern wir SozialdemokratInnen den Abbau von Doppel- und Mehrgleisigkeiten; die Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung transparent zu gestalten sowie den Schulen organisatorische, pädagogische und finanzielle sowie ergebnisverantwortliche Autonomie für ihre Aufgaben unter Einbeziehung der Schulpartner einzuräumen. Damit soll eine höhere Effizienz der eingesetzten Ressourcen gewährleistet sein, damit die finanziellen Mittel auch in der Klasse ankommen.

Wichtige Bildungsreformschritte sind bereits eingeleitet

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurde der dringend notwendige Bildungsreformprozess bereits eingeleitet, dazu gehören:

- Einführung des verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahres ab dem 5. Lebensjahr,
- Ausbau der Kinderbetreuungsangebote,
- Reduzierung der KlassenschülerInnenhöchstzahlen,
- mehr Kleingruppen-Unterricht,
- Ausbau der Sprachförderung, Deutsch-Förderkurse und muttersprachlicher Unterricht,
- Ausbau der ganztägigen Schulformen,
- Einführung von Bildungsstandards,
- Einführung der kompetenzorientierten, standardisierten Reife- bzw. Reife- und Diplomprüfung,
- Lehre mit Matura,
- Einführung der Oberstufe neu,
- Modularisierung der Abendschule,
- kostenloses erwachsenengerechtes Nachholen von Bildungsabschlüssen,
- Einführung der Neuen Mittelschule als erster Schritt für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen.

Der 42. ordentliche Bundesparteitag fordert daher die VertreterInnen der SPÖ auf, anlässlich eventueller Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl 2013, folgende bildungspolitischen Ziele und Forderungen unabdingbar in ein neues Regierungsprogramm für die Jahre 2013-2018 aufzunehmen:

- Klare Regelung der Kompetenzen bei Kindergärten und in der Elementarpädagogik sowie ein flächendeckendes Angebot an ganztägigen Einrichtungen, wie Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten;
- Die Ausbildung im Rahmen der berufsbildenden höheren Schule BAKIP (Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik) ist in Europa beispielgebend. An Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auf tertiärem Niveau muss gearbeitet werden. Um AbsolventInnen ein breiteres Spektrum der Weiterbildung oder beruflichen Entwicklung zu ermöglichen, soll die Ausbildung mittelfristig auf eine inhaltlich und organisatorisch breitere Basis gestellt werden.
- Mit dem Ausbau der Pädagogischen Hochschulen in Hochschulen für Pädagogische Berufe (LehrerInnen, KindergartenpädagogInnen, ErwachsenenbildnerInnen) auf universitärem Niveau soll eine gemeinsame Ausbildung mit gemeinsamen Standards entstehen, die sich an den Anforderungen der jeweiligen Altersgruppen orientiert und den Lehrenden Fachkarrieren und Spezialisierungen ermöglicht.
- ein neues Dienst- und Besoldungsrecht muss leistungsorientiert gültig sein. Für Verwaltung und schulische Sozialarbeit muss geeignetes Unterstützungspersonal zur Verfügung gestellt werden;
- dem Erwerb der Kulturtechniken soll in der Volksschule Vorrang eingeräumt werden. D.h., die Volksschulen sind organisatorisch, pädagogisch und finanziell in die Lage zu versetzen, dass sie die Grundfertigkeiten wie das Lesen, das Schreiben, das Rechnen, die freie Rede, Persönlichkeitsentwicklung, Ich-Stärke und persönliche Potentialentwicklung vermitteln können, damit so der Grundstein zur Bewältigung der zukünftigen Aufgaben in Gesellschaft und Arbeitswelt gelegt wird;
- bei der Etablierung einer neuen Lehr- und Lernkultur sind die Anforderungen der individuellen Förderung unter Einbeziehung von Begabtenförderung und Kinder mit besonderen Bedürfnissen (inklusive Schule) in den Mittelpunkt zu stellen;
- die Harmonisierung der AHS-Unterstufe mit der Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule soll in der Form erfolgen, dass bis spätestens 2018 die „Gemeinsame Schule“ der 10- bis 14-Jährigen verwirklicht wird;
- der Ausbau von ganztägig verschränkten Betreuungseinrichtungen vom Kleinkind bis zur Oberstufe soll bis 2018 in der Form vorangetrieben werden, dass für alle Eltern in zumutbarer Entfernung ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht;
- Doppelgleisigkeiten in der Schulbürokratie sind bis 2018 so zu entflechten, dass klare Verantwortlichkeiten gegeben sind und durch eine Stärkung der Schulautonomie eine wesentlich höhere Effizienz der eingesetzten Ressourcen entsteht. D.h., jeder Euro im Bildungsbereich muss möglichst in der Klasse ankommen;
- Direktwahl der Landes- und BundesschülerInnenvertretung durch alle SchülerInnen;
- Stärkung der Schulpartnerschaft.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme